

Abenteuerliches Finanzgebahren macht Kinderbetreuung unbezahlbar

Oberursel war einmal eine wohlhabende Stadt. Doch für Rücklagen blieb nichts übrig. Geld kann man zwar billig leihen. Doch auch billiges Geld gibt es nicht endlos. Niemand weiß, woher es nach der Pandemie kommen soll. Eine geringe Zinserhöhung, und die Stadt wäre pleite.

Um den städtischen Haushalt von den Behörden genehmigt zu bekommen, wird das Tafelsilber verkauft und an der Steuerschraube gedreht. Oberursel wurde so zum Spitzenreiter bei Grund- und Gewerbesteuer.

Deutliches Beispiel für den fehlenden Willen zur Konsolidierung ist der Umgang mit Kindertagesstätten und Horten. In städtischer Trägerschaft sind sie massiv teurer als in privater. Doch eine Übertragung auf private Anbieter wurde nie ernsthaft geprüft. Noch wurde eine bereits beschlossene Anpassung der Kinderbetriebsgebühren umgesetzt.

Gleiches zeigt sich bei der verfassungswidrigen Heimatumlage, mit der das Land steuerstarke Kommunen abschöpft. Weder CDU, SPD noch Grüne in Oberursel konnten sich entschließen, rechtlich dagegen vorzugehen.

Auch in diesem Jahr gelang der Oberurseler CDU-/SPD-Koalition die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts nur dank des ungeplanten Zuflusses von Gewerbesteuer. Das Geld hätten wir gerne für Investitionen und für ein städtisches Konjunkturprogramm verwendet und nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern.

Die OBG setzt sich ein für die Sicherung der finanziellen Zukunft unserer Stadt, damit sie nicht in die finanzielle Handlungsunfähigkeit abgleitet.

Ihre Stimme der Vernunft!

Wählen Sie am 14. März die
Oberurseler Bürgergemeinschaft

